



Mitteilung

Berlin, den 29. Mai 2019

**Die 35. Sitzung des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe
findet statt am
Mittwoch, dem 5. Juni 2019, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.600**

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-33550
Fax: +49 30 227-36051

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-30480
Fax: +49 30 227-36480

Achtung!
Abweichender Sitzungsort!

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Öffentliche Anhörung zum Thema:

**13. Bericht der Bundesregierung über ihre
Menschenrechtspolitik
(Berichtszeitraum 1. Oktober 2016 bis 30.
September 2018)**

BT-Drucksache 19/7730

Gyde Jensen, MdB
Vorsitzende



Geladene Sachverständige

Markus Beeko

Generalsekretär der deutschen Sektion von Amnesty International

Ulrich Delius

Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker

Rainer Dopp

Vorsitzender der Länderkommission der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter

Dr. Monika Hauser

Vorstandsvorsitzende von medica mondiale e. V.

Prof. Dr. Michael Krennerich

Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität
Erlangen-Nürnberg und Vorsitzender des Nürnberger Menschenrechtszentrums (NMRZ)

Dr. Michael Ley

Privatdozent für Politologie, Prof. emeritus

Christian Mihr

Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen



Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik 2016-2018

I. Menschenrechte und globale Tendenzen

1. Die Einschränkung der Handlungsspielräume für Zivilgesellschaften schließt in besonderem Maße die Einengung bis hin zur gänzlichen Abwesenheit der Presse- und Meinungsfreiheit ein. Welche Staaten führen in diesem Feld die Negativliste an und sind identische Vorgehensweisen in der Unterdrückung dieses Menschenrechts, die z. T. über Staatsgrenzen hinweg in Anwendung gebracht werden, zu beobachten? (CDU/CSU)
2. Die Bundesregierung hat in ihrem 12. Menschenrechtsbericht (2014 – 2016) als eines der Brennpunktthemen das Problem des „Shrinking Space“ genannt. Wie beurteilen Sie die weltweite Entwicklung und die Anstrengungen der Bundesregierung seitdem? (SPD)
3. Der Länderteil des Berichts der Bundesregierung geht auch auf die Entwicklung der Menschenrechtslage in China ein und kommt zur der Aussage, dass sich China international zunehmend mit dem Ziel engagiert, ein Menschenrechtsnarrativ zu verbreiten, welches das Recht auf Entwicklung und staatliches Sicherheitsstreben individuellen Rechten überordnet. Mit welchen Mitteln betreibt China dieses Engagement und welche Maßnahmen müssen Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft ergreifen, um die Universalität der Menschenrechte einer Infragestellung durch China zu entziehen? (CDU/CSU)
4. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen in China, von Sozialkreditsystem bis systematischen Organraub in Straflagern, benannt werden und nicht hinter Wirtschaftsinteressen zurückgedrängt werden? (AfD)
5. Wie beurteilen Sie die Anstrengungen der Bundesregierung, sich für die Rechte von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen im Inland und weltweit einzusetzen, auch unter Berücksichtigung einer intersektionalen Perspektive, die die Mehrfachmarginalisierung betroffener Frauen und Mädchen adressiert, und welche Verbesserungsmöglichkeiten sehen Sie im derzeitigen Engagement der Bundesregierung? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
6. Wie ist die Abschottungspolitik der Bundesregierung, die auf Migrationsabwehr und Externalisierung des Asylrechts setzt, mit den von Deutschland eingegangenen Menschenrechtsverpflichtungen in Einklang zu bringen? (DIE LINKE.)



II. Qualität und Struktur des 13. Berichts der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

7. Wie könnte der Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik zukünftig gestaltet werden, um globale Trends und aktuelle menschenrechtlichen Themen noch stärker hervorzuheben und gleichzeitig Orientierung für eine problemorientierte, strategisch ausgerichtete Politik zu geben? (SPD)
8. Wie beurteilen Sie die Qualität des Berichts der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik hinsichtlich seiner Schwerpunktsetzung, der Kohärenz geförderter Projekte, der Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Berichtserstellung und der regelmäßigen Überprüfung durchgeführter Projekte sowie der Umsetzung des letzten Aktionsplans für den Zeitraum 2017-2018? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

III. Menschenrechte und Menschenrechtspolitik in Deutschland

9. Inwieweit sind in Deutschland die Anforderungen an Zwangsmaßnahmen (namentlich Unterbringung, Medikation wie freiheitsentziehende Behandlung, z. B. Fixierung) in der Gesetzgebung und Praxis im Bereich der Pflege wie auch der Behandlung von psychisch Kranken so umgesetzt, dass sie (menschen-)rechtlichen Standards genügen und besteht dort nach wie vor Verbesserungsbedarf? (FDP)
10. Die Bundesregierung betreibt mit der Aufwertung der wsk-Rechte eine Inflationierung der klassischen Menschenrechte, der Schutz- und Abwehrrechte. Wem nutzt diese Erweiterung des Menschenrechtsbegriffes, den Empfängern oder den Gebern? (AfD)
11. Durch welche konkreten und umfassenden Maßnahmen kann die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit und zunehmende Armut in Deutschland bekämpft und der UN-Sozialpakt in Deutschland vollumfänglich umgesetzt werden? (DIE LINKE.)
12. Sind im Anschluss an die im Bericht aufgeführten bei der Vertrauensstelle Transplantationsmedizin eingegangenen 21 Anfragen, darunter Meldungen zu Organangeboten aus dem Ausland gegen Entgelt, die bisherigen Möglichkeiten zur strafrechtlichen Verfolgung von Organhandel angemessen und ausreichend, um den sogenannten Transplantationstourismus, illegale Entnahme und Transplantation von Organen zu verhindern? Welche Möglichkeiten bestehen, diesen Hinweisen aktiv nachzugehen und die mutmaßlich in Organhandel verwickelten Personen ggf. strafrechtlich zu verfolgen? (FDP)